Dipl. Soz. Gundula Kayser ......

25.8.2013

## Offener Brief

An Herrn Kähler, Sozialdezernent Stadt Bielefeld Herrn Radloff, Geschäftsführung Jobcenter Bielefeld Vorstand und Kuratorium der Stiftung Solidarität, Bielefeld Mitglieder des Sozialausschusses der Stadt Bielefeld nachrichtlich Herrn Pit Clausen, Oberbürgermeister Stadt Bielefeld

Änderungen bei der Ausgabe des BIELEFELD-PASS -Ex- oder Inklusion Benachteiligter in die Bielefelder Gesellschaft?

Sehr geehrte Damen und Herren,

neulich war ich beim Jobcenter, um mir dort einen **Bielefeld-Pass** ausstellen zu lassen, weil mein alter abgelaufen war. Der Herr an der Information teilte mir jedoch mit, dass es den Bielefeld-Pass nicht mehr beim Jobcenter sondern in der "Ankleide" (Kleiderkammer der Stiftung Solidarität) gibt. Natürlich konnte dieser Herr mir nicht sagen, wer, wie und warum diese Neuregelung eingeführt hat und wo man Einspruch dagegen einlegen kann.

Deswegen wende ich mich an Sie, denn ich halte diese Neuerung im "organisierten Hamsterrad" der Bielefelder Sozialbürokratie für eine weitere gedankenlose Zumutung für unterpriviligierte Menschen in Bielefeld.

Zumal nun nicht mehr ordentlich beschäftigte und bezahlte MitarbeiterInnen der Sozialbehörden Bielefelds sondern "Bürgerarbeiterinnen" (vom Jobcenter in einer "Maßnahme" beschäftigte Personen in der "Ankleide" und anderen Einrichtungen der Stiftung Solidarität) für die Ausstellung des Bielefeld- Passes - ebenso wie für den Verkauf des **Sozialtickets -** verantwortlich sind. Es fehlt, so kann ich ahnen, nicht viel, dann wird es zur ehrenamtlichen - also kostenlosen - Aufgabe von sogenannten "Arbeitslosen" und/oder besonders "sozial engagierten" Menschen erklärt, diese Aufgaben als "Freizeitbeschäftigung" zu übernehmen ... ganz so, als würde es absolut nicht zum "Kerngeschäft" der Bielefelder Sozialbehörden gehören, das Möglichste zu tun, um alle materiell und sozial auf Unterstützung angewiesenen Menschen möglichst problemlos und unbürokratisch mit den Ihnen zustehenden Mitteln für eine vergleichsweise sehr prekäre Lebensführung auszustatten.

Stattdessen - so mein Eindruck - geben sich die für die "soziale Frage" Verantwortlichen in Bielefeld offenbar einige Mühe, eine Kategorie von "unnormalen" und "ausgesteuerten" Bürgern zu schaffen, die an den Orten, wo "normale" BielefelderInnen städtische Ausweise (Bürgerberatung)

und Fahrkarten (mobiel-Verkaufsstellen) suchen und finden würden, als "fehl am Platz" verwiesen werden - und zwar an einen Ort (die "Ankleide"), der weder allgemein öffentlich zugänglich ist, noch vom eigenen Anspruch her als normal gelten kann, sondern sich durch Randständigkeit und Prekariarität auszeichnet; also eine sozial und bürokratisch abgegrenzte no-go-Area für alle Bürgerinnen und Bürger, die sich selbst für "die Mitte" der Gesellschaft halten.

Viele der unterstützungsbedürftigen Menschen, die Anspruch auf einen Bielefeld-Pass oder ein Sozialticket haben, sind ja tatsächlich auf Grund von gesundheitlicher Einschränkungen und/oder Behinderungen oder aber auf Grund ihrer materiellen Ausstattung in ihrer Mobilität gegenüber gesunden, jungen und "fitten" MitbürgerInnen verhältnismäßig stark eingeschränkt. Jeder Weg, der zur Beschaffung der Mindestmittel für die Lebensführung notwendig ist, ist deshalb ein relativ anstrengender Weg und nicht etwa ein Spaziergang, mit dem man sich die Freizeit vertreibt, sondern eine physisch und psychisch beschwerliche Zumutung (und im Zweifelsfall auch eine teure, wenn beispielsweise einE BetreurIn in bezahlten Arbeitsstunden auf diesem Weg begleiten muss). Schließlich geht es ja nicht nur darum, rein physische Distanzen zurückzulegen und dabei alle möglichen Hindernisse zu überwinden, sondern auch darum, nun an einer weiteren Stelle als BittstellerIn auftreten zu müssen und die eigene "Minderbemittelheit" wieder einmal möglichst hieb- und stichfest "unter Beweis" zu stellen, sich also möglichst gekonnt sozial zu erniedrigen und als "staatlich geprüfter und anerkannter Bedürftiger" auszuweisen.

Es ist ein weiterer ritualisierter Akt der Mißbrauchsverdächtigung und Unterwerfung unter sozialtaxierende Kontrollen, denen besserverdiende BürgerInnen in keiner vergleichbaren Weise ausgesetzt sind, wenn sie am sozialen und kulturellen Leben der Stadt teilnehmen wollen. Mir jedenfalls ist kein Fall bekannt, in dem aus "sozialen Gründen" ein höherer Eintritt von Besserverdienenden und an der Kasse ein staatlich geprüfter Nachweis über das Einkommen verlangt worden wäre.

Sicherlich nicht wenige arme Menschen hält die angeblich aus "Gerechtigkeitsgründen" eingeführte und nun noch weiter verkomplizierte Kontrolle der "Bedürftigkeit" davon ab, ihre eigentlich selbstverständlichen Rechte wirkungsvoll auszuhandeln und geltend zu machen.

Schon die bisherige Regelung, bei der ich jedes halbe Jahr meinen Bescheid vom Jobcenter abwarten muss, um dann noch einmal an denselben Ort zu gehen, um wieder in der Schlange zu stehen, um mir einen Bi-Pass ausstellen zu lassen, habe ich für einen Auswuchs bürokratischen Unfugs gehalten, der mich - und die MitarbeiterInnen der Jobcenter - viel Zeit, Arbeit (auf meiner Seite des Geschehens natürlich unbezahlt) und negative Gefühle kostet.

Es bedürfte sicherlich keines besonders übermäßigen Aufwandes, ein Verfahren zu ersinnen, wie mir - und allen übrigen KlientInnen der Jobcenter oder des Sozialamtes- in demselben Briefumschlag, in dem mir der nächste Bescheid über meine zukünftigen Bezüge zugestellt wird, einen Bi-Pass zuzuschicken.

Schließlich berechtigt mich ja der Bescheid über meine Bezüge zum Erwerb des Passes - was allerdings wahrscheinlich längst nicht alle Klienten des Jobcenters und des Sozialamtes wissen. Es wäre also eigentlich selbstverständlich, dass ich nicht nur das Geld, dass mir zugestanden wird, erhalte, sondern auch den Ausweis, der es mir ermöglicht, an einigen sozialen oder kulturellen Veranstaltungen zu ermäßigten Preisen oder kostenlos teilzunehmen und das Sozialticket zu beziehen.

Wer die von staatlicher und gesellschaftlicher Anerkennung und Unterstützung ganz besonders empfindlich abhängigen Menschen - so wie nun in einem kleinen weiteren Detail passiert - in eine parallel organisierte (nur dem Namen nach) "Sozialwelt" am Rande der "normalen" Gesellschaft abschiebt, anstatt die gleichberechtigte und diskriminierungsfreie soziale und kulturelle Teilhabe aller als grundsätzlichliches Anliegen aller BürgerInnen und Unternehmungen der Stadt / Gesellschaft zu verstehen und zu organisieren, zementiert die gesellschaftliche Ungleichheit, indem

er die Benachteiligten systematisch in für die Allgemeinheit unsichtbare Räume abdrängt und Sonderregelungen für das Leben der Ausgeschlossenen schafft.

Damit wird der Preis und Aufwand für die vielbeschworene "Teilhabe an der Gesellschaft" so hoch getrieben, dass viele der Betroffenen sich - allein um den Frust der erlebten Herablassung und Demütigung zu vermeiden - von vornherein abwenden.

Sehr geehrte Damen und Herren, viele von Ihnen haben im Frühjahr dieses Jahres am Fachtag zur Inklusion / Gesellschaftlichen Teilhabe Benachteiligter in Bielefeld im Haus der Kirche teilgenommen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie meine Ausführungen zum Anlass nehmen würden, den auf dem Fachtag geäußerten Absichtserklärungen zumindest in dem hier beschriebenen kleinen Rahmen Taten folgen zu lassen und dafür Sorge zu tragen, dass zukünftig allen Bielefelder Berechtigten diskriminierungsfrei und ohne weitere Wege und Überprüfungen ihrer "Bedürftigkeit" der Zugang zum Bi-Pass und Sozialticket ermöglicht wird durch

- die direkte Zustellung des Bi- Passes zeitgleich mit den berechtigenden Bescheiden und
- den Vertrieb des Sozialticket über alle "normalen" Ausgabestellen von mobiel.

u.A.w.g

Mit (noch) verärgerten Grüßen

Gundula Kayser

Die inhaltliche Forderung dieses Offenen Briefes wird unterstützt von

- Widerspruch e.V. Sozialberatung Bielefeld
- Bündnis für ein Sozialticket
- Sozialforum
- VPE-Bielefeld
- RAKautzky
- Arbeitsgemeinschaft der Angehörigenvertretungen in Bethel.regional
- Gemeinsam Wohnen e. V.
- Wolf. ASD Justiz NRW
- Die Grille e. V.
- u.a.